

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 2. Februar 1987
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	19	Frau Renger (SPD)	11, 12, 13, 14
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	21	Rusche (DIE GRÜNEN)	16
Heimann (SPD)	17, 18	Saurin (CDU/CSU)	3
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	7	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	15
Lutz (SPD)	10	Frau Steinhauer (SPD)	1, 2
Dr. Mertens (Bottrop) (SPD)	6	Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU)	20
Poß (SPD)	8	Würtz (SPD)	9
Ranker (SPD)	4, 5		

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung
Frau Steinhauer (SPD) 1 Sofortige Umsetzung von einstimmigen Beschlüssen des Deutschen Bundestages	Frau Renger (SPD) 4 Zulassung von Frauen zum Dienst in der Bundeswehr auch außerhalb des ärzt- lichen Sanitätsdienstes; Verein- barkeit mit dem Grundgesetz
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Saurin (CDU/CSU) 1 Häufigkeit der Verurteilung von Personen gemäß § 130 StGB wegen Volksverhetzung seit 1975	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD) 5 Unterrichtung der Bevölkerung über den Anspruch auf Zusatz-Kindergeld
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	Rusche (DIE GRÜNEN) 6 Einschätzung der positiven Beurteilung der niederländischen Drogenpolitik durch den Europarat
Ranker (SPD) 2 Beibehaltung der steuerlichen Freibeträge für Arbeitnehmer und für das Weihnachtsgeld bei der großen Steuerreform	Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
Dr. Mertens (Bottrop) (SPD) 2 Senkung der Steuern um rund 1 000 DM je Steuerzahler im Rahmen der Steuerreform 1990	Heimann (SPD) 6 Verhandlungen mit der DDR über die Behebung der Straßenschäden auf der Transitautobahn von Berlin nach Hof und über eine Ver- besserung der Pannenhilfe
Jäger (Wangen) (CDU/CSU) 2 Erlaß der Grunderwerbsteuer für den Erwerb von Ersatzland bei Abgabe landwirtschaft- licher Flächen für den Straßenbau	Frau Borgmann (DIE GRÜNEN) 7 Trassenführung der S-Bahn Essen— Wuppertal
Poß (SPD) 3 Grundlage für die vom Bundesminister der Finanzen, Dr. Stoltenberg, errechnete Steuerermäßigung von 1 000 DM für alle von der Steuerreform Betroffenen	Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU) 8 Nichtbesetzung und Abbau von Dienstposten bei der Bahnpolizei in Weiden/Opf.
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie
Würtz (SPD) 3 Kontinuierliche Auslastung der Bauindustrie, z. B. durch Einschränkung der kurzfristigen Terminfestsetzungen bei Fertigstellung öffentlicher Bauvorhaben	Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU) 8 Förderung von Projekten zur Gewinnung von Wasserstoff durch Windenergie
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	
Lutz (SPD) 4 Veröffentlichung der Sonderuntersuchungs- ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit über Arbeitslose und offene Stellen	

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

1. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die in den Antworten auf meine Fragen 3 und 4 (Drucksache 10/6797) zum Ausdruck gekommene Verzögerung des einstimmigen Parlamentsbeschlusses (Dezember 1985) mit dem Parlamentarismus in Übereinstimmung zu bringen ist?
2. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung zu ziehen, damit einstimmige Beschlüsse zukünftig unverzüglich umgesetzt werden und daß nicht über ein Jahr die Realisierung noch ungewiß ist?

**Antwort des Staatssekretärs Kroppenstedt
vom 4. Februar 1987**

Die Bundesregierung ist bemüht, die Entscheidungen nach der in Rede stehenden Vorschrift so zügig wie möglich zu treffen, sie trägt aber auch die Verantwortung dafür, daß diese Entscheidungen richtig sind, d. h. insbesondere alle Betroffenen gleichbehandelt werden. Hieraus hat sich das bereits dargelegte Verfahren mit seinem Zeitbedarf ergeben; den Beamten entstehen finanzielle Nachteile dadurch nicht. Die Bundesregierung geht im übrigen davon aus, daß auf der so geschaffenen Grundlage in Zukunft zügiger entschieden werden kann.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordneter
Saurin
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung statistische Angaben darüber vor, wie häufig Personen nach dem Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 des Strafgesetzbuches) seit 1975 verurteilt worden sind?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Erhard
vom 4. Februar 1987**

Wegen Volksverhetzung (§ 130 des Strafgesetzbuches) wurden ausweislich der Strafverfolgungsstatistik des Statistischen Bundesamtes verurteilt

1975	18
1976	13
1977	11
1978	28
1979	40
1980	43
1981	54
1982	47
1983	86
1984	82
1985	92

Personen.

Angaben für das Jahr 1986 liegen noch nicht vor.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

4. Abgeordneter
Ranker
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung den Weiterbestand der gegenwärtigen steuerlichen Freibetragsregelungen für Arbeitnehmer und für das Weihnachtsgeld garantiert, wie der Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg am 13. Januar 1987 im Deutschen Fernsehen erklärt hat?
5. Abgeordneter
Ranker
(SPD) Sind dies die einzigen Freibeträge zugunsten von Arbeitnehmern, die im Rahmen der großen Steuerreform für Streichungen oder Kürzungen nicht zur Diskussion stehen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 3. Februar 1987

Zur Haltung der Bundesregierung möchte ich auf meine Antwort für die Fragestunde am 6. November 1986 hinweisen (siehe Plenarprotokoll 10/244, S. 18932, Anlage 37). Danach sollen Entscheidungen über den Abbau oder das Beibehalten von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen für Arbeitnehmer nur im Gesamtzusammenhang mit der geplanten Steuerreform getroffen werden.

6. Abgeordneter
Dr. Mertens
(Bottrop)
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, bei der Steuerreform 1990 die Steuern für jeden Steuerzahler durchschnittlich um 1 000 DM zu senken?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 3. Februar 1987

Die Bundesregierung strebt ein solches Ziel an. Im Einzelfall kann die Entlastung in absoluten Zahlen natürlich höher oder niedriger ausfallen. Dabei kommt es wesentlich auch auf die bisherige Steuerbelastung an. Wer beispielsweise nach geltendem Recht weniger als 1 000 DM Steuern zu zahlen hat, kann nicht um 1 000 DM entlastet werden. Vergleiche sind nur aussagekräftig, wenn die anteilige Steuerbelastung vor und nach der Steuersenkung verglichen wird.

7. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Erwägt die Bundesregierung angesichts der mit einer Krisensituation der deutschen Landwirtschaft zusammenstößenden erheblichen, vom Staat selbst verursachten sachlichen Härte, welche die Grunderwerbsteuerpflicht für den Erwerb von Ersatzland beim Straßenbau für Landwirte bedeutet, die auf Veranlassung der Straßenbauverwaltung landwirtschaftliche Flächen abtreten und dafür Naturalentschädigung in Grundstücken erhalten, in diesen Fällen generell einen Billigkeitserlaß der Grunderwerbsteuer zu befürworten?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 4. Februar 1987

Es ist richtig, daß der Erwerb von Ersatzland durch Tausch mit Grundstücken, die für Zwecke des Straßenbaus abgegeben werden, der Grunderwerbsteuer unterliegt. Hierin ist eine Unbilligkeit nicht zu sehen.

Soweit Ländergesetze entsprechende Befreiungen vorsahen, sind diese durch das Grunderwerbsteuergesetz 1983 im Interesse einer Vereinfachung des Grunderwerbsteuerrechts und einer Senkung des Steuersatzes von 7 v. H. auf 2 v. H. bewußt aufgehoben worden. Die Grunderwerbsteuerreform wird heute allgemein als eine vorbildliche Steuergesetzgebung gesehen, weil sie zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung geführt hat.

Die Grunderwerbsteuer wird von den Ländern, denen auch das Aufkommen zusteht, als eigene Angelegenheit verwaltet. Für einen allgemeinen Billigkeitserlaß wären daher grundsätzlich die Landesfinanzbehörden zuständig.

8. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Kann die Bundesregierung darlegen, wie der Bundesminister der Finanzen Dr. Stoltenberg zu dem Berechnungsergebnis kommt, daß nach den Steuerplänen der Bundesregierung „im Schnitt jeder rund 1 000 DM weniger Steuern zahlen wird“?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 5. Februar 1987

Die Bundesregierung strebt ein solches Ziel an. Im Einzelfall kann die Entlastung in absoluten Zahlen natürlich höher oder niedriger ausfallen. Dabei kommt es wesentlich auch auf die bisherige Steuerbelastung an. Wer beispielsweise nach geltendem Recht weniger als 1 000 DM Steuern zu zahlen hat, kann nicht um 1 000 DM entlastet werden. Genaue Entlastungsberechnungen können erst vorgenommen werden, wenn über die Tarifreform in den Einzelheiten entschieden ist.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

9. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zukünftig ergreifen, um eine kontinuierlichere Auslastung der deutschen Bauindustrie zu gewährleisten und denkt sie in diesem Zusammenhang daran, kurzfristige Terminfestsetzungen bei der Fertigstellung von öffentlichen Bauaufträgen einzuschränken?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner vom 4. Februar 1987

Trotz der insgesamt günstigen Auftragsentwicklung gibt es gegenwärtig keine Anhaltspunkte für eine generelle – insbesondere durch zu kurze Termine bei öffentlichen Bauaufträgen bedingte – Überforderung der Produktionskapazitäten von Bauindustrie und Bauhandwerk. Zudem werden öffentliche Aufträge, wie auch Aufträge privater Stellen, primär nicht nach dem Kriterium der Kapazitätsauslastung vergeben, sondern nach dem Baubedarf in den konkreten Fällen.

Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht 1987 unterstrichen, daß eine Verstetigung der öffentlichen Investitionstätigkeit wünschenswert ist. In der Fortsetzung der bisherigen Politik, die auf die Schaffung günstiger und verlässlicher gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen abzielt, sieht sie den besten Beitrag für eine kontinuierlich positive Entwicklung des Bausektors.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

10. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Seit wann liegen die ersten Ergebnisse der Sonderuntersuchung über Arbeitslose und offene Stellen – Ende September 1986 – der Bundesanstalt für Arbeit der Bundesregierung vor, und wann werden diese Ergebnisse veröffentlicht?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt
vom 4. Februar 1987**

Nach Mitteilung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit haben erste Ergebnisse am 13. Januar 1987 vorgelegen. Ausführliche Daten waren am 27. Januar 1987 verfügbar und wurden am Freitag, den 30. Januar 1987 den Mitgliedern der Selbstverwaltung, darunter auch den Selbstverwaltungsmitgliedern aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, und der Presse übersandt. Veröffentlichungstermine in den vergangenen Jahren waren: 28. Januar 1986, 18. Januar 1985 und 16. Februar 1984.

Wie mir der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit weiter mitteilt, werden die vollständigen Ergebnisse der Erhebung von Ende September 1986 voraussichtlich im März 1987 in den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

11. Abgeordnete
Frau
Renger
(SPD) Liegen konkrete Pläne vor, über die gegenwärtigen Stellen im ärztlichen Sanitätsdienst hinaus weitere Frauen zum Dienst in der Bundeswehr zuzulassen, und in welchen Bereichen sollen diese Frauen tätig sein?
12. Abgeordnete
Frau
Renger
(SPD) Wie hoch wird ihr Anteil an dem Personalbestand der Streitkräfte werden?
13. Abgeordnete
Frau
Renger
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß eine verstärkte Heranziehung von Frauen zur Bundeswehr auch außerhalb des ärztlichen Sanitätsdienstes mit dem Grundgesetz vereinbar ist?
14. Abgeordnete
Frau
Renger
(SPD) Trifft es zu, daß Generalinspekteur Wellershoff Pläne vorliegen, die die Einbeziehung von Frauen in weitere Aufgabenbereiche bei der Bundeswehr vorsehen entgegen der Äußerung des Bundeskanzlers vom 12. April 1984 vor dem Deutschen Bundestag, nach der niemand, „ganz gewiß nicht diese Bundesregierung“, den Einsatz von Frauen – ob freiwillig oder dienstverpflichtet – mit Kombattantenstatus wolle?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ermisch
vom 3. Februar 1987**

Der nach wie vor gültige Kabinettsbeschluß vom 17. Oktober 1984 zur Personalplanung der Streitkräfte für die 90er Jahre sieht eine über die weiblichen Sanitätsoffiziere hinausgehende Verwendung von Frauen als Soldaten nicht vor.

Entsprechend dieses Beschlusses gibt es keinerlei konkrete Pläne hinsichtlich einer weiteren Zulassung von Frauen zu den Streitkräften und somit eine Festlegung weder von Tätigkeitsbereichen noch eines Anteils am Gesamtpersonalbestand.

Es hat im Bundesministerium der Verteidigung lediglich Referentenüberlegungen zum Thema gegeben. Sie wurden im Zusammenhang mit den Untersuchungen bzw. Empfehlungen der vom früheren Bundesminister der Verteidigung, Dr. Apel, eingesetzten Langzeitkommission begonnen und auf Grund von Weisungen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Wörner, im Herbst 1984 abgebrochen.

Die Bundesregierung hält einen freiwilligen Wehrdienst ohne Dienstleistung mit der Waffe mit dem Grundgesetz für vereinbar. Die Entscheidung, ob ein freiwilliger Dienst von Frauen – nicht an der Waffe – eingeführt werden soll, müßte von einer künftigen Bundesregierung und einem neuen Bundestag getroffen werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

- | | |
|---|--|
| <p>15. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)</p> | <p>Kann die Bundesregierung die Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit bestätigen, daß lediglich die Hälfte der Anspruchsberechtigten einen Antrag auf Zusatz-Kindergeld gestellt haben, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Bevölkerung schnell und wirksam über die Möglichkeit des Erhalts des Zusatz-Kindergeldes zu informieren?</p> |
|---|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki
vom 4. Februar 1987**

Die Bundesregierung kann auf Grund der 1985 angestellten Vorausschätzungen über die Gesamtzahl der Zuschlagsberechtigten die Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit im wesentlichen bestätigen. Der Frage liegt offenbar die Annahme zugrunde, die Berechtigten, die den Zuschlagsantrag für 1986 noch nicht gestellt hätten, seien nicht rechtzeitig über ihren Anspruch unterrichtet worden und hätten daher die Antragstellung versäumt. Diese Annahme trifft nicht zu. Vielmehr handelt es sich bei diesen Berechtigten um solche, die entweder als Nicht-Kindergeldberechtigte wegen der Halbteilung des steuerlichen Kinderfreibetrages den Kindergeldzuschlag nicht bereits während des Jahres, für das er bestimmt ist, erhalten konnten (§ 11 a Abs. 8 Satz 2 BKGG), sondern erst nach Ablauf dieses Jahres bekommen können (§ 11 a Abs. 7 BKGG) oder erst nach Abschluß der steuerlichen Behandlung ihrer Einkünfte aus dem Jahr 1986, also frühestens zu Beginn des Jahres 1987, erkennen können, daß sie Anspruch auf den Zuschlag haben.

Demgemäß spricht die Tatsache, daß bis Ende 1986 300 000 Berechtigte beim Arbeitsamt den Antrag auf den Zuschlag gestellt hatten, für eine ausreichende Unterrichtung der Öffentlichkeit und der Berechtigten über die bereits während des Jahres 1986 mögliche Zahlung des Zuschlags.

Der Unterrichtung der Öffentlichkeit dienten die Pressedienste des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit Nr. 199 vom 12. Dezember 1985 und Nr. 35 vom 4. April 1986. Zur unmittelbaren Unterrichtung der Berechtigten war im Herbst 1985 sämtlichen Kindergeldbeziehern eine Darstellung der zum 1. Januar 1986 in Kraft tretenden Änderungen des Kindergeldrechts (darunter auch der Zuschlagsregelung) von der Bundesanstalt für Arbeit oder (den Angehörigen des öffentlichen Dienstes) von der zuständigen Kindergeldstelle zugesandt worden.

Es war richtig, daß die Bundesanstalt für Arbeit am 12. Januar 1987 hierzu eine weitere Presseinformation herausgegeben hat, zumal da als Zuschlagsberechtigte auch Eltern in Betracht kommen, die kein Kindergeld beziehen und daher nicht unmittelbar über die Zuschlagsregelung unterrichtet werden konnten und können. Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat dieser Information am 15. Januar 1987 einen Pressedienst folgen lassen, der besonders für die Berechtigten gedacht ist, für die die Zahlung des Kindergeldzuschlags für 1986 erst im Jahr 1987 möglich ist. Rechtzeitig vor dem Ablauf der darin genannten Antragsfrist „30. Juni 1987“ soll eine weitere Presseinformation herausgehen.

16. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die positive Beurteilung der niederländischen Drogenpolitik durch die Drogenkonferenz des Europarates ein, und welche Schlüsse zieht sie daraus für die künftige Drogenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki vom 5. Februar 1987

Am 20./21. Januar 1987 fand in London die Ministerkonferenz der sogenannten Pompidou-Gruppe statt, einer Initiative von 16 europäischen Staaten im Rahmen des Europarates, deren Ziel es ist, gemeinsam den illegalen Drogenhandel und den Drogenmißbrauch zu bekämpfen. Während der Konferenz stellte jedes Land in einem Kurzbericht seine eigene Situation dar. Dabei zeigte sich, daß Länder, die schon lange mit dem Drogenproblem befaßt sind, wie z. B. die Niederlande, Schweden, Frankreich und auch die Bundesrepublik Deutschland, ganz ähnliche Tendenzen aufweisen.

Da in diesen Ländern teilweise seit einem Jahrzehnt umfangreiche Programme zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und des Drogenmißbrauchs durchgeführt werden, werteten deren Vertreter auch die jetzige Entwicklung als einen Erfolg ihrer Aktivitäten. Es wurde während der Konferenz kein Land als besonders erfolgreich hervorgehoben. Ob außerhalb der Konferenz einzelne Teilnehmer abweichende Meinungen den Pressevertretern mitgeteilt haben, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Die Bundesregierung hat sich durch diese Konferenz jedoch bestätigt gefunden, ihr Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs konsequent weiterzuverfolgen.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

17. Abgeordneter
Heilmann
(SPD)
- Da die seit langem vorhandenen zahlreichen Schlaglöcher auf der Transitautobahn von Berlin nach Hof immer öfter zu Beschädigungen an den Fahrzeugen der Reisenden führen, die die Weiterfahrt unmöglich machen, und der Pannendienst der DDR selten in der Lage ist, Reparaturen vorzunehmen, die durch diese Straßenbau-

schäden entstanden sind, frage ich, was die Bundesregierung in der Vergangenheit getan hat bzw. zukünftig tun wird, damit die Straßenschäden umgehend behoben werden?

**Antwort des Staatssekretärs Bayer
vom 2. Februar 1987**

Die schweren und zum Teil verkehrsgefährdenden Schäden im Südbahnabschnitt der Transit-Autobahn Berlin—Hirschberg werden von der DDR gegenwärtig auf Grund der Vereinbarung über Verbesserungen im Transitverkehr vom 15. August 1985 durch eine Grunderneuerung dieser Abschnitte beseitigt.

Unfälle in einer umfangreichen Schadstelle der Autobahn zwischen den Autobahnauffahrten Halle/Saale und Bitterfeld in den Abendstunden des 5. Januar 1987 haben sich in einem anderen Autobahnabschnitt abgespielt. Die Bundesregierung geht insoweit davon aus, daß diese Unfallstelle inzwischen – soweit dies die gegenwärtigen Witterungsverhältnisse zulassen – instandgesetzt oder zumindest ausreichend gesichert ist.

18. Abgeordneter
Heimann
(SPD)
- Wird die Bundesregierung in der Transitkommission die bekanntgewordenen Fälle von beschädigten Fahrzeugen, hervorgerufen durch Schlaglöcher, zur Sprache bringen, mit dem Ziel, gemeinsam mit der DDR zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, wobei es darauf ankommen sollte, eine sofortige Pannenhilfe durch den DDR-Pannendienst oder durch einen bundesdeutschen Pannendienst (ADAC) zu erreichen, damit eine Weiterfahrt möglich wird, und falls eine Reparatur des defekten Fahrzeugs nicht möglich ist, die Reise auch ohne das defekte Auto schnell und unbürokratisch mit anderen Verkehrsmitteln fortsetzen zu können?

**Antwort des Staatssekretärs Bayer
vom 2. Februar 1987**

Die Bundesregierung wird die von Ihnen bezeichneten Fälle in der Transitkommission ansprechen.

19. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Kann man davon ausgehen, daß die S-Bahn Essen—Wuppertal nicht in Wuppertal-Vohwinkel endet, sondern mindestens bis Wuppertal-Oberbarmen durchgeführt wird, und besteht die Absicht, diese S-Bahn über Remscheid bis Solingen-Ohligs zu verlängern?

**Antwort des Staatssekretärs Bayer
vom 2. Februar 1987**

Die Untersuchungen zum Ausbau der S 9 (Haltern—Bottrop—Essen—Langenberg—Wuppertal-Oberbarmen) sind noch nicht abgeschlossen.

Die S 9 (Haltern—Wuppertal-Oberbarmen) wird mit 94 Kilometer Streckenlänge die derzeit längste S-Bahnstrecke im Bundesgebiet; eine Verlängerung nach Solingen-Ohligs ist nicht vorgesehen. Ein S-Bahnausbau Solingen-Ohligs—Remscheid—Wuppertal wäre ein eigenes Vorhaben.

20. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bahnpolizei in Weiden/Oberpfalz um einen Dienstposten gekürzt wurde und weitere Dienstposten noch nicht wieder besetzt wurden, und gibt es bei der Deutsche Bundesbahn Überlegungen, die Bahnpolizei in Weiden mittel- oder langfristige abzuziehen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schulte
vom 3. Februar 1987

Nach Mitteilung der Deutschen Bundesbahn ist der Personalbedarf des Bahnpolizeipostens Weiden bereits am 28. Februar 1985 um einen Dienstposten gekürzt worden, und zwar im Rahmen der seinerzeitigen Verringerung des Gesamtpersonalbedarfs der Bahnpolizei um 100 Dienstposten. Auf den Bezirk der Bundesbahndirektion Nürnberg entfielen damals zehn Dienstposten. Diese Verringerung wird die Erfüllung der bahnpolizeilichen Aufgaben nicht beeinträchtigen.

Überlegungen hinsichtlich eines mittel- oder langfristigen Abzugs der Bahnpolizei aus Weiden oder einer weiteren Verringerung ihrer Personalstärke bestehen nicht.

Wegen eines aus persönlichen Gründen bis zum 31. August 1987 beurlaubten Mitarbeiters des Bahnpolizeipostens in Weiden ist dort zur Zeit ein Dienstposten vorübergehend unbesetzt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie

21. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Sind neben dem jüngst genehmigten Solarenergieprojekt in der Oberpfalz aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie auch Projekte geplant, mit denen Wasserstoff mit Hilfe von Windenergie erzeugt wird, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, solche Projekte nicht nur zu fördern, sondern sie auch in strukturschwache Räume, wie z. B. der windreichen Westküste Schleswig-Holsteins, zu vergeben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst
vom 4. Februar 1987

Die Bundesregierung mißt den Fragen der Wasserstofftechnik in Verbindung mit erneuerbaren Energien eine langfristige Bedeutung bei; sie hat daher einen Sachverständigenkreis berufen, der bis Ende 1987 eine Empfehlung für eine Forschungs- und Förderstrategie geben soll.

Die Vorüberlegungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie weisen allerdings nicht auf die Notwendigkeit hin, Wasserstoff aus Wind zu erzeugen. Windenergie steht nur in bestimmten Regionen in einem beschränkten Ausmaß zur Verfügung, das auch mittelfristig der wesentlichen Ergänzung mit anderen Energiequellen bedarf. Dabei ist die Windenergie auch unter günstigen Windbedingungen nicht billig; es ist also vorteilhaft, die gewonnene Energie unmittelbar als Wärme oder Strom zu verbrauchen – gegebenenfalls auch ins Elektrizitätsnetz abzugeben.

Wasserstoff als Zwischenträger zu erzeugen, erfordert Zusatzinvestitionen ohne überlegenen Zusatznutzen.

Demgegenüber rückt Wasserstoff als vorteilhaftes Transport- und Speichermedium in den Vordergrund, wenn man an eine Welt mit überwiegender Abhängigkeit von erneuerbaren Energien denkt; das dann erforderliche umfangreiche Energieangebot ist aber nur bei der Sonnenenergienutzung zu vermuten.

Die Bundesregierung weist aber auch darauf hin, daß solch langfristige Fragestellungen schon von der Kostensituation her noch nicht zur Lösung aktueller Problemstellungen am Arbeitsmarkt bestimmter Regionen geeignet sind.

Bonn, den 6. Februar 1987

